

Statement

— Anja Piel

Geschäftsführender Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

— Jahrespressekonferenz

Berlin, 23. Januar 2023

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die gesetzliche Rentenversicherung hat sich in der Krise bewährt: Trotz Corona, Krieg in Europa und Wirtschaftseinbruch musste sich zu keiner Zeit jemand darum sorgen, dass seine Rente kommt. Die Rücklage erreicht Rekordniveau bei historisch niedrigem Beitragssatz. Wir Gewerkschaften setzen deshalb weiterhin auf die Gesetzliche Rente und darauf, sie zu stärken – mit einem Rentenniveau von dauerhaft 48 Prozent und einer soliden Finanzierung. Dazu kann ein Kapitalstock außerhalb der Rentenversicherung – also ein Generationenkapital – beitragen und Beitragserhöhungen in Zukunft dämpfen. Klar muss sein: Mögliche Verluste dürfen keinesfalls zulasten der Rentenversicherung gehen.

In Deutschland wird die Rente vor allem mit guter, tariflich bezahlter Arbeit gesichert – das muss für mehr Beschäftigte möglich werden: Nach wie vor hängen zu viele Menschen in prekärer Arbeit, Minijobs und ungewollter Teilzeit fest – gerade auch Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund. Unredlicher Schwarzmalerei stehen zwei Wahrheiten entgegen. Erstens: Die Kosten einer älter werdenden Gesellschaft können sehr wohl gerecht verteilt werden. Zweitens: Berechnungen der Deutschen Rentenversicherung zufolge bleibt die Rente auch in den nächsten zwei Jahrzehnten bezahlbar. Wer düster den Untergang der Rentenversicherung prophezeit handelt unredlich und wider besseres Wissen. Solche Falschdarstellungen erschüttern das Vertrauen in unseren Sozialstaat und besorgen nur das Geschäft der Finanzindustrie. Die Rente ist schon immer mit einem Mix aus Beiträgen und Bundeszuschüssen finanziert worden. Die Zuschüsse sind seit Jahren auf stabilem Niveau. Außerdem fließen sie in erheblichem Umfang in Leistungen für den Bund – wie z.B. mehr Rente durch die Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten.

Das Heraufsetzen des Rentenalters sorgt für Ungerechtigkeit. Zum einen arbeiten längst immer mehr Menschen bis zum 65. Lebensjahr. Zum anderen gilt weiterhin: Für die, die es nicht schaffen – weil sie zum Beispiel schwer körperlich arbeiten – muss es auch altersgerechte Arbeitsplätze geben. Sonst ist ein höheres Rentenalter nichts weiter als eine Rentenkürzung für Ärmere – und außerdem keine Entlastung für den Sozialstaat, wenn mehr Menschen zwischen Ende des Erwerbslebens und Beginn der Rente Arbeitslosengeld oder Grundsicherung beziehen müssen.

Aus dem gescheiterten 3-Säulen-Modell muss die Bundesregierung die richtigen Schlüsse ziehen: Das heißt zuerst die gesetzliche und die betriebliche Altersvorsorge zu stärken.

Elke Hannack hat das Thema Fachkräfte bereits angesprochen. Die Transformation braucht viele gute Fachkräfte. Durch den Mangel an Fachkräften wandelt sich der Arbeitsmarkt von einem Arbeitgeber- in einen Arbeitnehmermarkt. Bei knappem Angebot und hoher Nachfrage müssen sich für Beschäftigte Bezahlung und Arbeitsbedingungen verbessern, Arbeitsplätze altersgerecht gestaltet werden, Nachwuchs ausgebildet und besonders gefragte Fachkräfte – etwa in der Pflege – nicht durch dünne Personaldecken aus dem Beruf getrieben werden. Das alles passiert aber nicht von allein. Tarifverträge sind dafür ein wichtiger Baustein. Deshalb ist es Zeit, dass Arbeitgeber Gewerkschaften die Hand reichen; besonders die, die sich Tarifverträgen und Mitbestimmung bislang verweigern.

Die Politik setzt den Rahmen für das sozialpartnerschaftliche Handeln in Sachen Fachkräfte: Das Weiterbildungsgesetz ist ein Baustein. Ob es wirklich der erhoffte Booster wird, muss sich noch zeigen. Vor allem braucht es dafür eine arbeitsfähige schuldenfreie Bundesagentur für Arbeit.

Fachkräfteeinwanderung darf nicht Ersatz dafür werden, inländisches Fachkräftepotenzial zu heben. Menschen, die zu uns kommen, müssen Zugang zu Guter Arbeit und Chancen zur Integration vorfinden. Im Moment sendet Deutschland widersprüchliche Signale: Hürden bei der Anerkennung von Qualifikationen und Abschlüssen und fehlende Willkommenskultur machen vielen Beschäftigten ein echtes Ankommen im Alltag und unserer Gesellschaft unmöglich. Die Eckpunkte der Bundesregierung zur Fachkräfteeinwanderung gehen in die richtige Richtung, aber nicht weit genug.

Wir Gewerkschaften warnen vor dem Versuch, die Nachfrage nach Arbeitskräften allein mit dem Durchlotsen eingewanderter Menschen aus Drittstaaten in prekäre und ausbeuterische Arbeit zu beantworten. Die Pläne der Bundesregierung, die Westbalkanregelung und Saisonbeschäftigung auszuweiten, schaffen genau solche Risiken. Die geplanten Schutzmechanismen und Kontrollen werden nicht ausreichen, um Einwanderer mit fehlenden Sprachkenntnissen wirksam vor Ausbeutung und Lohndumping zu bewahren. Und schon gar nicht dürfen gleichzeitig gut ausgebildete Menschen aus Deutschland abgeschoben werden, weil sie keinen sicheren Aufenthaltsstatus haben.

Mit einem echten Spurwechsel – also dem Wechsel von Asylbewerbern ohne Bleiberecht vom Asyl- ins Einwanderungsverfahren – könnten sie auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen.